



## Information und Zustimmung zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung anlässlich der Bayreuther Festspiele 2026

### Vorbemerkung

Im Rahmen Ihrer angestrebten Tätigkeit bei *den Bayreuther Festspielen 2026* erhalten Sie privilegierten Zugang zu den dortigen Sicherheitsbereichen, werden mit sicherheitsrelevanten Aufgaben betraut und/oder haben Kontakt zu Schutzpersonen. Dadurch können erhebliche Risiken für die Sicherheit der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer verbunden sein. Zur Wahrung der Sicherheit leisten polizeiliche Zuverlässigkeitsüberprüfungen einen wesentlichen Beitrag.

Über den Ablauf des Verfahrens zur Zuverlässigkeitsüberprüfung sowie die dabei stattfindende Datenverarbeitung möchten wir Sie im Folgenden informieren.

Bitte beachten Sie, dass die polizeiliche Zuverlässigkeitsüberprüfung nur mit Ihrer schriftlichen oder elektronischen Zustimmung durchgeführt werden kann. Soweit Sie der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung nicht zustimmen, ist eine Zulassung zur angestrebten Tätigkeit grundsätzlich nicht möglich. Die endgültige Entscheidung hierüber trifft der Veranstalter / Verantwortliche. Dieser wird dokumentieren, dass er Ihnen die Informationen zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung anlässlich *der Bayreuther Festspiele 2026* zur Kenntnis gegeben hat. Darüber hinaus wird der Veranstalter / Verantwortliche Ihre Zustimmung zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung dokumentieren, sofern Sie diese erteilt haben.

### I. Ablauf und Inhalt der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung

Zur Durchführung der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung erhebt Ihr Arbeitgeber bzw. ein sonstiger Beauftragter von Ihnen diese ausgefüllte und unterzeichnete Information und Zustimmungserklärung sowie eine(n) Kopie/Scan Ihres gültigen Personalausweises oder Reisepasses und übermittelt diese im Anschluss an das Polizeipräsidium Oberfranken.

Dort werden Ihre Daten mit verschiedenen polizeilichen Dateien abgeglichen, die zu Zwecken der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung geführt werden. Bei den abzugleichenden Dateien handelt es sich um Vorgangsverwaltungs- und Kriminalaktennachweise des Bundes und der Länder sowie entsprechende Informations- und Falldateien für bestimmte Deliktsbereiche, wie den Bereich Staatsschutz, die durch die jeweiligen Polizeien entweder einzeln oder im Verbund (d.h. mit anderen Polizeien des Bundes oder der Länder zusammen) geführt werden.

Die vorgenannten Dateien enthalten Informationen zu strafrechtlichen Verurteilungen, aber auch zu noch anhängigen und eingestellten Ermittlungsverfahren, Strafverfahren ohne gerichtliche Verurteilung, gefahrenabwehrende polizeiliche Erkenntnisse sowie der Zugehörigkeit von Personen zu verbotenen Organisationen oder Vereinen. Die Dauer der Datenspeicherung in diesen Dateien ergibt sich aus den Bestimmungen der jeweiligen Polizeigesetze des Bundes und der Länder, beträgt im Regelfall aber mindestens fünf Jahre.

Basierend auf den Ergebnissen des vorgenannten Datenabgleichs wird anschließend überprüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass von der zu überprüfenden Person

erhebliche Gefahren im Falle der Ausübung der von ihr angestrebten Tätigkeit bestehen. Tatsächliche Anhaltspunkte für eine solche erhebliche Gefahr können insbesondere dann bestehen, wenn über die zu überprüfende Person Erkenntnisse aus den nachfolgenden Bereichen vorliegen:

- Staatsschutzdelikte
- Gewaltdelikte (Straftaten gegen das Leben, die Gesundheit, sexuelle Selbstbestimmung oder Freiheit einer Person)
- Eigentumsdelikte
- Betäubungsmitteldelikte
- Straftaten im Zusammenhang mit Geheimnisverrat
- Straftaten im Zusammenhang mit dem Besitz oder Handel von Waffen oder Sprengstoff

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Informationen in den polizeilichen Dateien umfangreicher sein können als diejenigen im Bundeszentralregister, da unter bestimmten Voraussetzungen durch Gerichte bzw. Staatsanwaltschaften eingestellte oder ohne Verurteilung beendete Strafverfahren sowie gefahrenabwehrende Sachverhalte, die nicht Teil eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens waren, in den polizeilichen Dateien gespeichert werden.

Ihre personenbezogenen Daten können zum Zwecke des Datenabgleichs auch an andere Sicherheits- und Polizeibehörden des Bundes und der Länder und ggf. im begründeten Einzelfall Polizeibehörden anderer europäischer bzw. sonstiger ausländischer Staaten zum Abgleich mit den dortigen Datenbeständen übermittelt werden. Bei einem Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sowie bei ausländischen Staatsangehörigkeiten können Ihre Daten zu den vorgenannten Zwecken auch an die für Sie zuständigen Polizeidienststellen im Ausland, an internationale Polizeibehörden sowie erforderlichenfalls an die zuständigen Nachrichtendienste übermittelt werden.

Wir weisen ferner darauf hin, dass im begründeten Einzelfall eine Beteiligung der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern erfolgen kann. In diesem Fall können die Verfassungsschutzbehörden dem Polizeipräsidium Oberfranken das Vorliegen von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung mitteilen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass

- der Bewerber/die Bewerberin Gewalttaten begehen wird oder
- der Bewerber/die Bewerberin in der Vergangenheit eine oder mehrere Gewalttaten begangen hat, die nach Art oder Schwere geeignet sind, den Rechtsfrieden zu stören oder
- der Bewerber/die Bewerberin einer gewaltbereiten Bestrebung angehört oder eine solche nachdrücklich unterstützt oder
- der Bewerber/die Bewerberin zu Gewalttaten aufrufen wird oder in Vergangenheit aufgerufen hat oder
- der Bewerber/die Bewerberin extremistische Propagandadelikte oder sonstige Handlungen mit extremistischem Hintergrund begehen wird, die geeignet sind, die

öffentliche Sicherheit zu gefährden, auswärtige Belange oder das Ansehen Deutschlands zu gefährden bzw. zu beschädigen.

Die vorstehenden Kriterien sind lediglich ein Orientierungsmaßstab für die Entscheidung der Verfassungsschutzbehörden. Die Verfassungsschutzbehörden entscheiden im Einzelfall gemäß eigener Beurteilung des Sachverhaltes über die Mitteilung von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen.

Die zu Ihrer Person für diese Zuverlässigkeitsüberprüfung erhobenen Daten werden durch das Polizeipräsidium Oberfranken für die Dauer der Zuverlässigkeitsüberprüfung gespeichert und nach drei Monaten gelöscht. In begründeten Einzelfällen können Ihre personenbezogenen Daten auch darüber hinaus gespeichert werden, wenn dies zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben, insbesondere zur Verfolgung von Straftaten, weiterhin erforderlich sein sollte oder die rechtliche Prüfung der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung Ihrer Person noch nicht abgeschlossen ist.

Nach Abschluss der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung werden Ihnen das Ergebnis und die damit verbundenen Folgen in Bezug auf die angestrebte Tätigkeit mitgeteilt.

## **II. Datenübermittlung durch den (künftigen) Arbeitgeber**

Unter Umständen werden Ihre Daten nicht von Ihnen selbst an den Veranstalter übermittelt, sondern zentral durch einen Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers zur Verfügung gestellt.

In diesen Fällen ist der Verantwortliche Ihres (künftigen) Arbeitgebers verpflichtet, Ihnen diese Information und die Zustimmungserklärung **vor** Weiterleitung Ihrer Daten an das Polizeipräsidium Oberfranken zur Verfügung zu stellen. Damit soll sichergestellt werden, dass Sie vor Beginn der Zuverlässigkeitsüberprüfung über deren Inhalte informiert sind.

Sollten nach Abschluss der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung keine sicherheitsrelevanten Erkenntnisse zu Ihrer Person vorliegen, die einer Tätigkeit im angestrebten Bereich entgegenstehen, wird dies dem Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers mitgeteilt.

In allen anderen Fällen erfolgt grundsätzlich ebenfalls eine polizeiliche Rückmeldung an den Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers. Diesem wird hierbei mitgeteilt, dass der angestrebten Beschäftigung aus polizeilicher Sicht sicherheitsrelevante Erkenntnisse entgegenstehen. Der Zeitpunkt der Rückmeldung hängt davon ab, ob ein **Antrag auf Vorabverständigung** beim Polizeipräsidium Oberfranken gestellt wurde (siehe unten).

Inhalt und Art der vorliegenden Erkenntnisse werden dem Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers vom Polizeipräsidium Oberfranken nicht mitgeteilt. Die Kommunikation des Ergebnisses der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung an Sie, erfolgt grundsätzlich durch den Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers.

Sollten Sie sich darüber informieren wollen, ob eine Ablehnung aus Sicherheitsgründen erfolgte, können Sie sich zunächst an den Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers oder direkt an

die Clearingstelle des Polizeipräsidiums Oberfranken wenden. Die Kontaktdaten hierfür entnehmen Sie bitte Ziffer III dieses Schreibens.

Im Übrigen gelten die Ausführungen unter I.

### **Antrag auf Vorabverständigung**

Sie haben die Möglichkeit, unter Nennung Ihrer Kontaktdaten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse) bei der Clearingstelle des Polizeipräsidiums Oberfranken schriftlich oder elektronisch einen Antrag auf Vorabverständigung zu stellen.

In diesem Fall werden Sie persönlich 72 Stunden vor dem Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers über vorliegende polizeiliche Zuverlässigkeitsbedenken, welche der Aufnahme der angestrebten Tätigkeit von Ihnen entgegenstehen, informiert.

Innerhalb der genannten Frist können Sie gegenüber der Clearingstelle Einwände gegen die Entscheidung vorbringen und eine erneute Überprüfung beantragen. Diese erfolgt dann ebenfalls vor einer Information an den Verantwortlichen Ihres (künftigen) Arbeitgebers.

Dieser zeitliche Vorlauf soll zudem dazu dienen, Ihnen die Kontaktaufnahme mit Ihrem (künftigen) Arbeitgeber zu ermöglichen und etwaige berufliche Nachteile für Sie vermeidbar zu machen.

### **III. Ansprechpartner / Clearingstelle**

Bei Fragen zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung können Sie sich sowohl vor Beginn als auch während des Verfahrens an die Clearingstelle des Polizeipräsidiums Oberfranken wenden.

Die Clearingstelle ist zudem Ansprechpartner für Einwände, falls die Aufnahme Ihrer angestrebten Tätigkeit aufgrund sicherheitsrelevanter Erkenntnisse abgelehnt wurde. In diesem Fall haben Sie die Möglichkeit, durch Mitteilung der aus Ihrer Sicht entscheidungsrelevanten Tatsachen eine erneute Überprüfung durch die Clearingstelle zu beauftragen. Sofern Ihren Einwänden hierbei stattgegeben wird, informiert die Clearingstelle im Falle der Ziffer II auch Ihren (künftigen) Arbeitgeber über den geänderten Sachstand.

#### **Sie können die Clearingstelle wie folgt erreichen:**

Anschrift:       Polizeipräsidium Oberfranken  
                      SG E 3 -Clearingstelle-  
                      Ludwig-Thoma-Straße 4  
                      95447 Bayreuth

E-Mail: pp-ofr.bayreuth.pp.e3@polizei.bayern.de

Telefon: 0921/506 – 1305

Montag bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr

Freitag: 08:00 bis 12:00 Uhr

Samstag, Sonn- und Feiertag: geschlossen

#### **IV. Datenverarbeitung**

##### **1. Verantwortlicher für die polizeiliche Zuverlässigkeitsüberprüfung**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt hauptverantwortlich durch das

Anschrift: Polizeipräsidium Oberfranken  
Ludwig-Thoma-Straße 4  
95447 Bayreuth

Email: pp-ofr.bayreuth.pp@polizei.bayern.de

##### **2. Datenschutzbeauftragte(r)**

Für Fragen und Einwände in Bezug auf die Datenverarbeitung steht Ihnen die/der behördliche Datenschutzbeauftragte des Polizeipräsidiums Oberfranken zur Verfügung. Diese/n können Sie wie folgt erreichen:

Anschrift: Polizeipräsidium Oberfranken  
Behördliche(r) Datenschutzbeauftragte(r)  
Ludwig-Thoma-Straße 4  
95447 Bayreuth  
E-Mail: pp-ofr.bdsb@polizei.bayern.de

### 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Abwehr von Gefahren für die Veranstaltung ist Aufgabe der Bayerischen Polizei und gesetzlich in Art. 2 Absatz 1 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) festgeschrieben.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es erforderlich, dass Personen, welche privilegierten Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen der Veranstaltung haben, mit sicherheitsrelevanten Aufgaben betraut sind und/oder Kontakt zu Schutzpersonen haben, zuvor einer polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung unterzogen werden. Ziel ist die frühzeitige Erkennung und der Ausschluss von Personen, von welchen ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Durchführung der Veranstaltung ausgehen kann.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 60a PAG.

### 4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beim Polizeipräsidium Oberfranken Auskunft über Sie betreffende gespeicherte personenbezogene Daten zu verlangen.

Wir weisen Sie zudem darauf hin, dass es Ihnen freisteht, die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beantragen, sollte diese Ihrer Ansicht nach nicht rechtmäßig sein.

Sie haben ferner zu jeder Zeit die Möglichkeit, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Bayerische Polizei Beschwerde beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz einzulegen. Diesen erreichen Sie wie folgt:

Formular: <https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html>

Post: Postfach 22 12 19, 80502 München

Telefon: 089 / 212672 - 0

Fax: 089 / 212672 - 50

### 5. Pflicht zur Bereitstellung Ihrer Daten

Eine Pflicht, Ihre personenbezogenen Daten der Polizei bzw. Ihrem (künftigen) Arbeitgeber und damit auch dem Polizeipräsidium Oberfranken zur Verfügung zu stellen, besteht nicht. Während des laufenden Verfahrens haben Sie die Möglichkeit, sich jederzeit an das Polizeipräsidium Oberfranken bzw. Ihren (künftigen) Arbeitgeber zu wenden und dort Ihre erteilte Zustimmung zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung zurückzuziehen.

## V. Abschließende Erklärung

**Ich bestätige, dass ich die vorgenannten Informationen zur polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung (Ziffern I. bis IV.) zur Kenntnis genommen habe und stimme der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten durch die Polizei bei öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen zum Zwecke einer Zuverlässigkeitsüberprüfung gem. Art. 60a PAG für meine angestrebte Tätigkeit zu.**

Diese Zustimmung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Mir ist bewusst, dass das Überprüfungsverfahren in diesem Fall unverzüglich beendet wird.

Meine personenbezogenen Daten:

Name:				
Vorname:				
Abteilung:				
Geburtsname:				
Geburtsdatum:				
Geburtsort:				
Geburtsland:				
Aktuelle Anschrift:	PLZ	Wohnort	Straße	Hausnr.
Telefon:				
Email:				

---

Ort, Datum

---

Unterschrift